Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

48 (26.2.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.

Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.

Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 48. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 26. Februar **1892.**

Amtliche Nachrichten.

Laut Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 16. Febr. ist Folgendes bestimmt:

Stab der 29. Division:

Frhr. v. Schleinitz, Gen.-Major und Kommandeur der 28. Kavall.-Brigade, unter Beförderung zum Gen.-Leutnant, zum Kommandeur obiger Division ernannt.

Stab der 28. Kavallerie-Brigade.:

v. Nickisch-Rosenegk, Oberst und Kommandeur des 3. Garde-Ulanen-Regiments, unter Stellung à la suite dieses Regiments zum Kommandeur obiger Brigade ernannt.

Stab der 58. Infanterie-Brigade:

Frhr. v. Seebach, Premier-Leutnant und Adjutant, à la suite des 1. badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109, zum überzähligen Hauptmann befördert.

1. bad. Leibgrenadierregiment Nr. 109:

Gans Edler Herr zu Putlitz, Premier-Leutnant ein einjähriger Urlaub unter Stellung à la suite des Regiments bewilligt; Frhr. v. Meyern-Hohenberg, Premier-Leutnant vom Garde-Füsilier-Regiment, in obiges Regiment versetzt.

Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. bad.) Nr. 111:

Neßler, Hauptmann à la suite des Regiments, unter Belassung in seinem Verhältniß als Militärlehrer bei dem Kadettenhause in Wahlstadt, zum Kadettenkorps à la suite desselben versetzt.

4. bad. Infanterieregiment Prinz Wilhelm Nr. 112:

Credner, Premier-Leutnant, kommandirt zur Dienstleistung als Erzieher bei der Haupt-Kadetten-Anstalt unter Stellung à la suite des Regiments, mit dem 1. März d. J. als Militärlehrer zum Kadettenhause in Karlsruhe versetzt; v. Bolschwing, Premier-Leutnant à la suite des Infanterie-Regiments Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz (6. ostpreuß.) Nr. 43 in obiges Regiment eingereiht.

5. bad. Infanterieregiment Nr. 113:

Hoffmeister, Sekonde-Leutnant, kommandirt als Erzieher bei dem Kadettenhause in Oranienstein, tritt mit dem 1. März d. J. in gleicher Eigenschaft zum Kadettenhause in Karlsruhe über.

6. bad. Infanterieregiment Kaiser Friedrich III. Nr. 114:

Osiander, Hauptmann und Kompagnie-Chef, unter Beförderung zum überzähligen Major, als aggregirt zum 4. magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 67; Koch, Premier-Leutnant vom 1. nassauischen Infanterie-Regiment Nr. 87, unter Beförderung zum Hauptmann und Kompagnie-Chef in obiges Regiment versetzt.

7. bad. Infanterieregiment Nr. 142:

v. Leuchsenring, Hauptmann und Kompagnie-Chef, in das Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (niederschlesisches) Nr. 46 versetzt; v. Heise-Rotenburg, Premier-Leutnant zum Hauptmann und Kompagnie-Chef; Heller, Sekonde-Leutnant zum Premier-Leutnant befördert; v. Stoeklern zu Grunholzek, Sekonde-Leutnant, vom 1. März d. J. ab als Erzieher zur Hauptkadettenanstalt kommandirt.

1. bad. Leibdragonerregiment Nr. 20:

v. Schlichting, Sekonde-Leutnant vom 1. Garde-Regiment zu Fuß, in obiges Regiment versetzt.

2. bad. Dragoner-Regiment Nr. 21.

du Pasquier, Premier-Leutnant, scheidet aus und tritt zu den Reserveoffizieren des Regiments über; Loebbecke, Unteroffizier, zum Portepeefähnrich; Graf v. Bredow, Sekonde-Leutnant zum Premier-Leutnant befördert.

1. bad. Feldartillerieregiment Nr. 14:

v. Preen, Hardeck, Engler und Föhrenbach, Unteroffiziere, zu Portepeefähnrichen befördert.

2. bad. Feldartillerieregiment Nr. 30:

Frhr. v. Blittersdorff, Lang und Steigleyner, Unteroffiziere, zu Portepeefähnrichen befördert.

Bad. Pionierbataillon Nr. 14:

Ramdohr, Hauptmann und Kompagniechef, kommandirt zur Vertretung eines Lehrers bei der Kriegsschule in Glogau, unter Stellung à la suite der 1. Ingenieurinspektion, als Lehrer zur genannten Kriegsschule versetzt.

Landwehrbezirk Mosbach:

Prokopp, Vizefeldwebel, zum Sekondleutnant der Reserve des 1. bad. Leibgrenadierregiments Nr. 109 befördert.

Landwehrbezirk Heidelberg:

Bopp, Vizefeldwebel, zum Sekondleutnant der Reserve des 4. bad. Infanterieregiments Prinz Wilhelm Nr. 112 befördert.

Landwehrbezirk Freiburg:

Schob, Generalmajor z. D., zuletzt Oberst und Kommandeur des 2. hannov. Infanterieregiments Nr. 77, der Abschied mit seiner Pension bewilligt; Klein I. und Kapferer, Sekondleutnante von der Infanterie 1. Aufgebots, zu Premierleutnanten, — Mez, Vizewachtmeister, zum Sekondleutnant der Reserve des Feldartillerieregiments Nr. 15 — befördert.

Landwehrbezirk Lörrach:

Hug, Sekondleutnant von der Infanterie 1. Aufgebots, zum Premierleutnant, — Blankenhorn I., Sekondleutnant der Reserve des 1. bad. Feldartillerieregiments Nr. 14, zum Premierleutnant befördert.

Landwehrbezirk Kolmar:

Kahl, Sekondleutnant von der Infanterie 1. Aufgebots, zum Premierleutnant befördert.

Die Genehmigung zur Anlegung nichtpreußischer Orden haben erhalten:

v. Schmidt, Oberstleutnant und Kommandeur des 1. bad. Leibdragonerregiments Nr. 20, zu dem ihm von S. M. dem König von Schweden verliehenen Kommandeurkreuzes 2. Klasse des Schwertordens; v. Hesberg, Rittmeister à la suite des 3. bad. Dragonerregiments Prinz Karl Nr. 22 und persönlicher Adjutant bei des Erbgroßherzogs von Sachsen Königliche Hoheit zu dem ihm von S. M. dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn verliehenen Ordens der Eisernen Krone 3. Klasse.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 25. Febr.

36. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertische: Staatsrath Eisenlohr, Geh. Oberregierungsrath Schenkel, die Ministerialräthe von Jagemann, Heyl u. A.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der Sekretär verliest die neu eingegangenen Bittschriften.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein: Fortsetzung der Berathung des Ministeriums des Innern, Titel 8.

Bei §. 5 dieses Titels, Versicherungsanstalt Baden, wird Seitens der großh. Regierung bemerkt, daß sie mit dieser Versicherungsanstalt ein Uebereinkommen zu treffen gedenke, das im Wesentlichen dahin geht: auf die dem Vorstande der Versicherungsanstalt angehörigen Beamten und dem Vorstande von der großh. Regierung beigegebenen Hilfsbeamten finden die Bestimmungen des badischen Beamtengesetzes Anwendung; die etatmäßige Anstellung kann mit der Wirkung einer Belastung der Staatskasse mit Ruhe-, Unterstützungs- oder Versorgungsgehalten nur insoweit erfolgen, als für die betreffenden Stellen im Staatsvoranschlage eine Bewilligung vorgesehen ist; auf die etatmäßig angestellten Beamten finden auch die Bestimmungen der Gehaltsordnung Anwendung und es sind die in der Vereinbarung bezeichneten Stellen in den Gehaltstarif einzureihen; die Bezahlung der Dienseinkommensbezüge hat unmittelbar aus der Kasse der Versicherungsanstalt zu erfolgen; die Ruhe- und Unterstützungsgehalte werden ebenfalls aus der Anstaltskasse bezahlt; ein verhältnißmäßiger Theil dieser Bezüge kann durch landesherrliche Einschließung auf die Staatskasse unter der Voraussetzung übernommen werden, daß solche Beamte einen erheblichen Theil ihrer Dienstzeit im Staatsdienste zugebracht haben; die Versorgungsgehalte von Hinterbliebenen der auf Grund einer Bewilligung im Staatsvoranschlage etatmäßig angestellten Beamten werden von der Staatskasse bestritten, wogegen die Versicherungsanstalt 50 Prozent dieser Versorgungsgehalte der Staatskasse zu vergüten hat, und außerdem für jeden Beamten, welcher seine erste etatmäßige Anstellung bei der Anstalt erhält oder aus dem Dienste derselben durch Tod u. s. w. ausscheidet, 30 Prozent des Einkommensanschlags von der Anstaltskasse an die Beamtenwittwenkasse zu leisten, und endlich zu dieser auch die gezeichneten Jahresbeiträge von den Beamten zu entrichten sind.

Darauf erhält Abg. Hug das Wort, um sein Bedenken über die Verquickung zwischen den Verwaltungskosten der Staats- und Anstaltskasse auszudrücken. Das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz habe viele Mängel und ihm sei es nicht ganz unwahrscheinlich, daß das Gesetz in absehbarer Zeit wieder aufgehoben werden könnte. Der Arbeiter habe bei einem Einkommen von 600 M. 12 M. Kassenabgaben zu zahlen, also das Vier- oder Fünffache von dem, was er bei uns an Einkommensteuer zu zahlen hat. Wie in den Motiven des Gesetzes angegeben, könne die Summe des Reichszuschusses später bis zu 80 Millionen erfordern. Wenn eine so ungeheure Summe zur Verwendung kommen soll, so müsse man doch fragen, ob ein Gesetz unter diesen Umständen noch eine Berechtigung haben könne. Der Arbeiter mit 600 M. erhalte im Falle seiner Arbeitsunfähigkeit 183 M. Diese Summe sei nicht ausreichend. Man finde das ganze Gesetz wie eine neue, drückende Steuer, und da sei es doch geboten, die Scheidung zwischen Staats- und Anstaltskasse streng aufrecht zu erhalten.

Staatsrath Eisenlohr: Die Meinung der großen Mehrheit des Volkes geht doch wohl dahin, daß das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz nicht aufgehoben, sondern lediglich einer Verbesserung unterzogen werden könnte, wenn sich im Laufe der Praxis Mißstände herausstellen und eine Abänderung wünschenswerth erscheinen lassen sollten. Das Uebereinkommen der Regierung mit der Versicherungsanstalt sei nothwendig und zweckmäßig gewesen, und bezwecke eine Ordnung der Verhältnisse hinsichtlich der Bestreitung der Ruhe-, Unterstützungs- und Versorgungsgehalte der Beamten dieser Anstalt.

Abg. Muser meint, daß die prinzipielle Grundlage des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes die Zustimmung der großen Mehrheit dieses Hauses finde. Man sollte auch nicht, wie Abg. Lohr in der gestrigen Sitzung ausführte, das Gesetz zum Agitationsmittel bei den Wahlen machen, sondern im Gegentheil aufklärend und belehrend über dasselbe wirken und nur auf Abhilfe seiner Mängel drängen. Gegen den Strom kann selbst der Reichskanzler Graf Caprivi nicht schwimmen, und der Strom der Zeit sei die soziale Bewegung. Wer diese nicht mitmachen will, werde dazu durch die Macht der wirthschaftlichen Ereignisse gezwungen werden. Man wird darauf bedacht sein müssen, nicht die Einnahmen zu vermehren, sondern die Ausgaben zu verringern, besonders beim Militarismus.

Abg. Rau ist auch der Meinung, daß der Reichszuschuß ein recht erheblicher werden wird; allein die große Entlastung der Gemeinden müßte in Betracht gezogen werden, die wohl 200 Millionen Mark ausmachen würde.

Abg. Hug fragt an, ob auch in anderen Bundesstaaten eine derartige Verbindung zwischen den Kassen stattgefunden habe.

Geh. Oberregierungsrath Schenkel erwidert, daß in Bayern viel generöser und liberaler Seitens der Staatskasse gegen die Versicherungsanstalten verfahren werde; auch in Preußen trügen die Provinzialkassen viel stärker zu den Versicherungskassen bei, als in Baden. Das Uebereinkommen des Staates mit der Anstalt sei für denselben ein sehr günstiges; übrigens könne ja eine nöthig werdende Veränderung später immer noch erfolgen.

Abg. Schlosser sagt, daß er als Vertreter einer Industriestadt das Gegentheil von dem, was Abg. Hug vorgetragen, erfahren habe. Sowohl der Arbeiter, wie der Arbeitgeber lerne immer mehr die segensreichen Wirkungen des Gesetzes kennen und befreunde sich mit demselben. Die Schwierigkeiten für Regierung oder Versicherungsanstalt eines an und für sich erfolgreichen Gesetzes dürften doch kein Grund sein, dasselbe wieder zu beseitigen. Es könne nach den jetzigen geringen praktischen Erfahrungen gar kein Schluß auf eine ungünstige Wirkung des Gesetzes gezogen werden, im Gegentheil werde, wie er glaube, der Erfolg desselben ein sehr erheblicher sein.

Abg. Lohr wiederholt seine gestrigen Bedenken über die Ausdehnung des Gesetzes auf die Forst- und Landwirthschaft.

Abg. Gönner wendet sich als Berichterstatter gegen die Ausführungen des Abg. Hug. Der großh. Regierung müsse bei Besetzung der Stellen der Versicherungsanstalt ein gewisser Einfluß gewahrt bleiben, und das Korrelat desselben sei die entsprechende Beitragsleistung. Er wiederhole den Antrag der Budgetkommission, dem Uebereinkommen zuzustimmen. Abg. Hug habe hier ein wenig „Reichstag" spielen wollen; es müsse energisch Protest dagegen erhoben werden, als käme in unserem Landtage eine ungünstige Stimmung gegen das ganze Gesetz zum Ausdruck. Auch die angeführte Summe von 183 M. Rente jährlich sei durchaus keine Kleinigkeit für den Empfänger. Wenn die finanzielle Kraft Deutschlands es vermag, stehe ja auch einer Erhöhung der Renten nichts entgegen, eben so wenig einer Herabsetzung der Altersgrenze. Eine Parallele zwischen Steuersatz und Versicherungsbeitrag sei absolut unzulässig, man sollte sich überhaupt hüten, die Unzufriedenheit durch Agitation gegen das Gesetz zu schüren.

Abg. Hug protestirt in einer persönlichen Bemerkung dagegen, daß ihm Agitation und Aufhetzung vorgeworfen werde.

Abg. Gönner bemerkt, daß er solche Vorwürfe gegen den Vorredner nicht erhoben habe, aber er habe genau dasselbe Recht, seine gegentheilige Anschauung zum Ausdruck zu bringen.

Das Haus bewilligt darauf den Titel 8 im ordentlichen Etat mit jährlich 13,750 M. und genehmigt auch die Vereinbarung zwischen der großh. Regierung und der Versicherungsanstalt Baden.

Zu Titel 9, Bezirksverwaltung u. Polizei, liegen verschiedene Anträge vor.

Abg. Fieser begründet einen von ihm, dem Abg. Klein-Wertheim und Gen. eingebrachten Antrag: „Die Regierung wolle Anordnung treffen, daß der Bezirksthierarzt für Schwetzingen seinen Wohnsitz statt in Mannheim, in der Stadt Schwetzingen zu nehmen habe." Bezirksbeamte sollten ihren Wohnsitz in dem Bezirk ihrer Thätigkeit haben, schon wegen der Schwierigkeiten, welche der Verkehr der Interessenten mit dem Bezirksthierarzt, der nicht in seinem Bezirke ansässig sei, zur Folge haben würde. Falls für Mannheim dann als Ersatz für den nach Schwetzingen ziehenden Beamten ein anderer Bezirksthierarzt nothwendig sein sollte, werde das hohe Haus gewiß nicht anstehen, die erforderliche Summe dafür zu bewilligen.

Minister Eisenlohr erklärt, er sei mit dem Vorschlage des Vorredners durchaus einverstanden, wenn das hohe Haus einen Ersatz für Mannheim bewilligen wolle. Bei der großen Arbeitslast in Mannheim sei ein zweiter Beamter durchaus erforderlich, und er ersuche deßhalb, die Zahl der Bezirksthierärzte von 54 auf 55 zu erhöhen und im Budget weitere 780 M. dafür einzustellen.

Abg. Eder schließt sich diesen Ausführungen an, ebenso Abg. Frank. Ob die Genehmigung einer neuen Bezirksarztstelle nothwendig sei, bezweifle er; es könnte auch ein jüngerer Thierarzt hinzugezogen werden.

Nach einigen weiteren unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Wacker, Birkenmeyer und Gönner wird der Antrag Fieser und Gen. angenommen.

Ein zweiter Antrag, von den Abgg. Straub u. Gen. eingebracht, lautet: Großh. Regierung zu ersuchen, in das nächste Budget einen Betrag einzustellen, wodurch den Gemeinden des Landes mit Ausnahme der der Städteordnung unterstehenden, zum Zwecke der Gewährung einer theilweisen Vergütung an die Gemeindebeamten, bezw. Gemeindebediensteten (insbesondere Bürgermeister, Rathschreiber und Gemeinderechner) für die den Gemeindebehörden übertragenen, lediglich oder vorzugsweise aber staatliche Aufgaben erfüllende Dienstgeschäfte Gebühren, bezw. Gebühren-Aversen zugewendet werden können.

Abg. Straub begründet den Antrag und schildert in längerer Darlegung die schwierigen Aufgaben der Gemeindebehörden, die insbesondere durch die Anforderungen der sozialen Gesetzgebung erheblich gestiegen sind und namentlich den Bürgermeister, wie den Rathschreiber, mit Geschäften überlasten.

Ein weiterer Antrag des Abg. Muser u. Gen. bezweckt, den Antrag der Kommission für die Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeindeordnung zu überweisen.

Staatsrath Eisenlohr erkennt die ungenügende Besoldung vieler Gemeindebeamten an. Die großh. Regierung habe sich aber nicht für befugt erachtet, in diesem Sinne auf die Gemeinden einzuwirken, um nicht in das Recht der Selbstverwaltung einzugreifen. Eine vermehrte Einmischung des Staates in die Gemeindegeschäfte würde wohl die Folge dieses Antrags sein; er verkenne aber nicht, daß es wünschenswerth wäre, bei der Höhe der Gemeindelasten den Gemeinden von Staatswegen möglichst entgegen zu kommen. Die Frage bedürfe jedenfalls einer sehr gründlichen Prüfung, und namentlich würde auch bei den in Frage kommenden dauernden finanziellen Erfordernissen das Finanzministerium ein Wort mitzusprechen haben.

Abg. Schumann bemerkt, daß seine Partei dem Antrag sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Wacker spricht des Längeren die Befürchtung aus, daß der durch den Antrag gekennzeichnete Weg allmählig zu dem Institut der Berufsbürgermeister führen werde. Die Selbständigkeit der Gemeinden werde durch den Antrag Straub in Frage gestellt.

Abg. Klein-Wertheim befürwortet den Antrag Straub. Er glaube nicht, daß die Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung durch diesen Antrag gefährdet werde.

Abg. Fieser spricht sich wesentlich im Sinne des Abg. Straub aus und betont, daß die hier in Betracht kommende Hauptfrage darauf hinausgehen müsse, bei voller Aufrechterhaltung der Grundlagen unserer Gemeindeordnung den schwer belasteten Gemeinden, bezw. ihren Beamten eine Erleichterung zu gewähren.

Abg. Birkenmayer ist für die Ueberweisung des Antrages an die Kommission.

Abg. Straub bemerkt dem Abg. Wacker gegenüber, daß er ausdrücklich hervorgehoben habe, es dürfe durch seinen Antrag unter keinen Umständen die Selbständigkeit der Gemeinden oder der Gemeindebeamten angetastet werden.

Abg. Gönner erklärt sich als Berichterstatter mit der Ueberweisung des Antrags an die Gemeindeordnungskommission einverstanden.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Wacker, Lohr und Gönner wird der Antrag Straub einstimmig an die Kommission verwiesen.

Abg. Wacker stellt den Antrag, die im Titel 9 verlangten 6 weiteren Stellen für zweite Beamte der Bezirksämter, für welche etwa 12,000 M. erfordert werden, nicht zu bewilligen, dagegen die Beibehaltung zweier Amtsgehilfen mit einem Gehalt von 2200 M. zu bewilligen, also im Etat des Titel 9 unter §. 1, Gehalte, die Summe von 9800 M. zu streichen. Zur Begründung dieses Antrags führt Abg. Wacker aus: Die jüngsten Erklärungen des Herrn Staatsraths Eisenlohr liefen in Wirklichkeit darauf hinaus, daß die Bezirksbeamten mit aller Energie dafür einzutreten hätten, mit Aufbietung ihrer amtlichen Autorität nationalliberale Wahlsiege zu Stande zu bringen. Dazu seien aber die Beamten im Lande nicht vorhanden und ein Minister, der solche Grundsätze aufstelle, gefährde die öffentliche Ordnung im Lande. Die neuen Beamten würden ohnehin nur dazu beitragen, die Wahlagitationen der Regierung zu verstärken und deßhalb beantrage er mit seinen politischen Freunden, die Mittel für die 6 neuen Stellen zu versagen.

Staatsrath Eisenlohr: Die Konsequenzen, die Abg. Wacker aus seiner Haltung ziehen müßte, würden doch eigentlich dahin gehen, daß er beantragte, sämmtliche 55 Amtsvorstände in Baden zu streichen, und nicht die sechs unschuldigen Bezirksbeamten. Was kann denn die Streichung dieser Stellen nützen, wenn die 55 „Wahlumtriebsbeamten" beibehalten werden? (Heiterkeit.) Das ist doch weder konsequent noch richtig! Weiter führt der Herr Minister aus, daß sich der Abg. Wacker bei der Wiedergabe seiner Aeußerungen nicht an ihren Wortlaut gehalten habe. Er habe ausdrücklich gesagt, daß der Beamte dann, wenn Verdächtigungen und Beschuldigungen gegen die Prinzipien der großh. Regierung erhoben würden, berechtigt und verpflichtet sei, aufklärend einzuwirken und das Ansehen und die Würde der Regierung zu wahren. Das halte er auch heute aufrecht. Wenn der Beamte, besonders bei den Wahlen, häufig in die Lage komme, derartigen Beschuldigungen entgegenzutreten, so sei nicht dieser, sondern der Urheber jener Verdächtigungen und Verläumdungen Schuld daran.

Abg. Heimburger erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß sie dem Antrag Wacker zustimmen würden. Er habe in der Budgetkommission für die Bewilligung der Forderung gestimmt, aber die jüngsten Erklärungen des Herrn Ministers über die Haltung der Amtmänner gäben ihm Veranlassung, jetzt dagegen zu stimmen. Es bleibe bei diesen Beamten nicht bei der bloßen Zurückweisung von Verdächtigungen und Verläumdungen gegen die Regierung, sondern man gehe überhaupt zur Ausübung von Wahlthätigkeiten aller Art über. Seine Partei werde den bisherigen Forderungen für die Bezirksbeamten zustimmen, wünsche aber keine Vermehrung derselben.

Staatsrath Eisenlohr: Ich muß den Herren zu bedenken geben, daß doch nicht während des ganzen Jahres gewählt wird, daß aber die Geschäfte der Bezirksämter doch das ganze Jahr hindurch geführt und erledigt werden müssen. Ist das nicht der Fall, so leidet das ganze Publikum darunter. Ich verzichte zunächst darauf, Ihnen die Nothwendigkeit dieser Forderung darzulegen, denn sie ist in der Kommission ausführlich dargelegt und hier bisher von keiner Seite bestritten worden. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam: Sie schädigen den öffentlichen Dienst und die Interessen der Bevölkerung (Oho!) wenn Sie diese absolut dringende Forderung verweigern.

Abg. Rüdt: Obgleich ich einsehe, daß die Bezirksämter eine Vermehrung ihrer Beamten nöthig haben, schließe ich mich dem Antrag des Abg. Wacker an; ich will nicht, daß noch neue Beamten eingestellt werden. (Wir werden uns mit dieser famosen Erklärung des sozialdemokratischen Volksvertreters und seiner Genossen noch näher zu beschäftigen haben. D. Red.)

Abg. Heimburger: Sobald sich das Ministerium des Innern wieder auf den Standpunkt des Ministeriums Jolly stellt, der für die Beamten die gleiche Unparteilichkeit, wie für die Richter forderte, werden wir der Forderung zustimmen. Die Schädigung des Volkes werde nicht von seiner Partei, sondern vom Ministerium veranlaßt. (?? Aber Herr Lehramtspraktikant!)

Abg. Fieser bemerkt, er behaupte trotz der Versicherung des Abg. Heimburger, daß die Erklärung des Herrn Staatsraths Eisenlohr, durch die Verweigerung der sechs Stellen werde das Interesse des Volkes geschädigt, vollständig zutreffend sei. Es sei völlig ungerechtfertigt, hier heute zu erklären, daß man diese Stellen in Rücksicht auf Wahlagitationen nicht bewilligen wolle. Was Herr Staatsrath Eisenlohr über die Wahlthätigkeit der Amtmänner gesagt, sei durchaus nichts Neues, und es sei deßhalb verkehrt, zu behaupten, daß man in Folge dieser Aeußerungen die Forderung ablehne. Was die Ultramontanen gewollt hätten, hätten sie schon von Anfang an beabsichtigt, als sie in das Haus eintraten. In der Kommission sei die Nothwendigkeit der neuen Stellen aufs Gründlichste nachgewiesen worden, und deßhalb sei kein gerechter Grund vorhanden, die Forderung zurückzuweisen. Man setzte sich einfach über die sachlichen, objektiven Gründe hinweg, um einem Minister, den man nicht gern habe, Schwierigkeiten in seiner Verwaltungsthätigkeit zu bereiten. Das müsse aufs Entschiedenste verurtheilt werden, und er glaube, daß auch das badische Volk über eine solche Handlungsweise sein Urtheil sprechen werde.

Abg. Muser bemerkt, er halte es für unzulässig und illiberal, daß die Beamten nicht als Bürger, sondern mit ihren amtlichen Machtmitteln in den Wahlkampf eintreten. Daß die Amtmänner schon seit Jahren nat.-lib. Wahlagitation treiben, sei ihm wohlbekannt, wenn sie nur die unumwundene Einräumung des thatsächlichen Zustandes und die Billigung des Ministers fänden; die Beamten würden in Zukunft dementsprechend handeln.

Minister Eisenlohr erwiedert, durch die Aeußerungen des Abg. Muser werde keine Klarheit, sondern eine Unklarheit hergestellt. Es sei ihm (Redner) nicht entfernt eingefallen, allen Handlungen der Beamten bei den Wahlen Vorschub zu leisten, und zu sagen, daß er Alles billige, was die Beamten gethan haben. Diese Behauptung müsse er entschieden zurückweisen. Ebenso sei er bereit, jeden Mißgriff, den sich ein Beamter zu Schulden kommen lasse, zu verurtheilen und den Betreffenden zur Rechenschaft zu ziehen, aber in jedem Lande sei es Pflicht des Beamten, kraft seines Amtes die Interessen und die Würde der Regierung zu wahren.

Abg. Wacker bemerkt gegen den Herrn Vorredner, seine Belehrung über die Haltung der Zentrumspartei sei nicht angebracht. Die Amtmänner sämmtlich abzusetzen, habe ja die Volksvertretung kein Recht; seine Partei wolle das auch nicht. Durch die Wahlumtriebe der Beamten werde nicht nur das Interesse der Bevölkerung, sondern auch das des Dienstes geschädigt. Die Amtmänner scheuten gerade die Oeffentlichkeit, und wo sie es nicht thäten, kompromittirten sie sich. Die nationalliberale Presse habe bei den Wahlen die Regierung in die vorderste Reihe der Schußlinie gestellt, um die Wahlgeschäfte zu besorgen. Daß von seiner Partei mit Verdächtigung oder Verläumdung gegen die Regierung aufgetreten werde, sei eine thatsächliche Unwahrheit. (Herr Wacker scheint darnach seine famosen W-Artikel im Bad. Beobachter schon vollständig vergessen zu haben. D. Red.) Die Regierung hätte ja gegen solche Verläumdungen durch den Strafrichter einschreiten können. Seit der letzten Erklärung der Regierung wisse er, daß ein Kampf gegen die nationalliberale Partei auch einen Kampf gegen das Ministerium Eisenlohr bedeute, und darnach werde er mit seinen Parteigenossen auch handeln.

Minister Eisenlohr: Er halte das Thun des Zentrums für verderblich und deßhalb werde er demselben entgegentreten, wo er es könne. Man könne nicht überall mit Hilfe des Staatsanwaltes gegen derartige Verläumdungen einschreiten, namentlich dann nicht, wenn sich der Verläumder in der Presse in Anonymität hüllt und sich hinter dem Redakteur versteckt. Solchen Unwahrheiten, daß die Regierung die katholische Bevölkerung zu Bürgern zweiter Klasse herabwürdigen wolle 2c., habe der Beamte entschieden die Pflicht, entgegenzutreten.

Abg. Fieser: Abg. Wacker habe mit großer Emphase behauptet, das, was der Herr Staatsrath hier über die Beamten geäußert, sei noch nie in diesem Hause gesagt worden. Er habe solche Aeußerungen des Regierungsvertreters schon oft gehört, sowohl von Herrn Staatsrath Eisenlohr, wie vom früheren Minister Jolly. Redner schildert dann einige seiner Erlebnisse in Wahlversammlungen und führt an, daß ja im Bad. Beobachter und theilweise sogar von Herrn Wacker selber ganz ungeheuerliche Beschuldigungen gegen die Regierung erhoben wurden, so daß die Aeußerung des Ministers schon darauf hin

vollständig berechtigt und begründet sei. Redner führt mehrere dieser auch unsern Lesern bekannten Beschuldigungen und Verdächtigungen des Beobachters an und sagt, daß fast alle staatlichen Institutionen von den Ultramontanen in den Wahlkampf hineingezerrt worden seien. Dagegen aufzutreten, sei eine absolute Pflicht der Regierung und ihrer Behörden. Da die Nothwendigkeit der Forderung von keiner Seite bestritten worden sei, hätten die gegnerischen Parteien kein Recht, dieselbe zu verweigern.

Abg. Venedey hält es für angebracht, die Nationalliberalen an ihr Verhalten von 1887 und 1890 zu erinnern.

Ab. Muser spricht den Wunsch aus, daß die Oberamtmänner mehr zur wirklichen Beruhigung bei den Wahlen beitragen möchten.

Abg. Kieser wendet sich gegen den Abg. Wacker, der den eigenthümlichen Satz aufstellte, daß er sich darüber wundere, warum die Regierung bei ihren engen Beziehungen zum Staatsanwalt und zur Justizverwaltung nicht gerichtlich gegen die Verläumdungen vorgehe. In Baden urtheilen über alle derartigen, namentlich Preßvergehen, das Schwurgericht, die das Volk nicht dem Zentrum, sondern den Nationalliberalen zu danken habe. Die Regierung habe vielleicht häufiger eine zu weitgehende Art von Schonung gegenüber den gesetzlich strafbaren Angriffen bewiesen. Wenn z. B. der Pfarrer von Zähringen jedesmal belangt worden wäre, wo er es verdient hätte, so wäre er nicht nur fast vor Gericht gestanden, sondern auch eingesperrt worden. (Heiterkeit.) Daß der Beamte mit Mißbrauch seiner Amtsgewalt Wahlagitation treibe, werde er auch nicht billigen, aber eine Regierung, die nur doktrinäre Verwaltungsbeamte besitze und nur eine Neutralitätspropaganda treibe, sei keine angemessene Regierung. Sie müsse offen und bestimmt sagen, welcher Art ihr Programm sei. Oder wollten die gegnerischen Herren vielleicht, daß in der Regierung ultramontane, freisinnige und sozialdemokratische Männer gleichzeitig zusammen arbeiten sollen? (Heiterkeit.) Wenn die Regierung es unterlasse, mit Klarheit, Bestimmtheit und mit Karakter zu handeln, so schädige sie den Staat und die Allgemeinheit. Er habe schon vor Jahren gesagt, daß er dem Minister, der sich in einer Art von Neutralität zu den Ultramontanen stelle, den Krieg erklären würde. Ein Minister, der offen und frei seine Ueberzeugung ausdrücke, sei ein Ehrenmann. Daß sich die Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten wieder einfach auf die ultramontane Seite des Hauses hinüberziehen ließen, sei doch verwunderlich, und mit ihren freiheitlichen Prinzipien unvereinbar. Weil einmal hier oder da ein Beamter irgend einen Fehler mache, könne man doch nicht aus dem Etat deßhalb ein Stück herausschneiden wollen. Herr Wacker möge sich doch einmal die Geschichte des französischen Klerus nach den Staatsstreichen ansehen, wo französische Pfaffen (Abg. Wacker ruft: Pfui! wogegen protestirt wird. Der Präsident bemerkt, daß durch die Worte des Abg. Kiefer kein Mitglied des Hauses verletzt worden sei und deßhalb auch zu einem Einschreiten keine Veranlassung vorliege.) die Bauern in Massen zu einem Eidbrüchigen und Gewalthaber führten, der die Truppen einfach totschießen ließ.

Abg. Rüdt erklärt, daß er schon bei seinem Eintritt in das Haus von demselben Mißtrauen erfüllt gewesen sei, welches ihn heute noch beseele. Die Sozialdemokraten lassen sich nicht vom Abg. Wacker hinüberziehen, sondern folgten ihrer Fahne, auf welcher „Recht und Freiheit des Volkes" stehe.

Abg. Gönner hebt als Berichterstatter hervor, daß in der Kommission die sachliche Begründung dieser Forderung von Niemand bestritten wurde. Auch er habe gehofft, daß wenigstens die Herren Freisinnigen eine größere Objektivität in dieser Sache entwickeln würden. Was würde wohl Herr Heimburger sagen, wenn man aus solchen Gründen, wie er sie vorgebracht, auch die nöthigen Lehrkräfte für die Schule verweigern wollte? Es sei sachlich durchaus ungerechtfertigt, gegen diese Forderung zu stimmen, und es scheine ihm doch, daß die Herren mit ihrer fortgesetzten Ertheilung von solchen „Mißtrauensvoten" im Volke nicht den Eindruck machen werden, auf den sie hoffen. (Zustimmung.)

Der Antrag des Abg. Wacker und Genossen wird darauf mit 23 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Ultramontane, Deutschfreisinnige, Demokraten und Sozialdemokraten geschlossen, dagegen die Nationalliberalen und die beiden Konservativen.

Die weitere Berathung wurde darauf auf Freitag Vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 25. Febr. Das von uns abgedruckte neue Programm der Deutschen Partei in Württemberg ist, wie schon telegraphisch gemeldet, in der am Sonntag in Stuttgart abgehaltenen Landesversammlung einstimmig angenommen. Die Zeiten der alten deutschen Partei sind vorbei. Ihr Name bedeutete einst den Kampf gegen Alles, was den Einheitsbestrebungen zuwider lief, die Sammlung aller unter dem Banner der Einheit, ob konservativ oder demokratisch, freidenkerisch oder streng kirchlich, Christ oder Jude, bürgerlich oder adelig. Alle betheiligten sich eifrig an den Versammlungen der Bürger, die Universitätsprofessoren waren die eifrigsten. Die Häupter der schwäb. Pietisten thaten es ihnen gleich. Jetzt freilich sind die Zeiten andere geworden. Die Einheit ist erreicht, für die Freiheit ist noch Vieles zu sorgen und zu schaffen. Und die alte Feindin der deutschen Partei, die Volkspartei, auch eine schwäbische Eigenthümlichkeit, thut Alles, diese Sorge ganz an sich zu reißen. Darum wurde am Sonntag der Versuch gemacht, auch für die deutsche Partei innere freiheitliche Forderungen klar und deutlich aufzustellen. Im Grunde wird sich nicht viel ändern. Tonangebend waren, so führt die Nat. Ztg. aus, in der Deutschen Partei doch bisher schon die Liberalen und die Partei eines eben auch künftig noch neben der demokratischen die gemäßigte bleiben und ihr werden sich die Leute solcher Denkungsart anschließen, ob ihnen auch der eine oder andere Satz des neuen Programmes paßt oder nicht. Selbst die Kammerfraktion der Deutschen Partei hat es sofort für nöthig befunden zu erklären, daß sie sich durch die von der Partei angenommenen Bestimmungen nicht binden lassen könne, — eine Mahnung, daß es mit dem Programmmachen allein nicht gethan!

Berlin, 24. Febr. Bei dem heutigen Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages im Kaiserhof, an welchem der Kaiser theilnahm, hielt dieser nachstehende Ansprache: „Sie haben in althergebrachter Weise, zu Ihrer Arbeit zusammengekommen, als guter Brandenburger Ihres Markgrafen nicht vergessen. Dafür sei Ihnen mein herzlichster Dank gesagt. Mir bereitet es stets besondere Freude, wenn ich mit Märkern zusammen sein kann. Umsomehr ist dies der Fall, wenn das gesammte Land Brandenburg, in so würdiger Weise vertreten, sich hier zusammfindet. Die Worte, die soeben gesprochen worden sind, und welche Ihre treuen Gesinnungen mir von Neuem offenbaren, haben mir sehr wohl gethan, es ist Mir in meiner schweren Arbeit doppelt angenehm und auch zu gleicher Zeit anregend, wenn in so warmer Weise meine Bestrebungen für das Wohl meines Volkes dankbare Anerkennung finden. Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an Allem, was Seitens der Regierung geschieht, herumzunörgeln und herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres gesammten großen deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Nörgeln und dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regirte in der Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir Alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das Schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen und uns thäten sie einen großen Gefallen damit. Wir leben in einem Uebergangszustande! Deutschland wächst allmählig aus den Kinderschuhen heraus, um in das Jünglingsalter einzutreten; da wäre es wohl an der Zeit, daß wir uns von unseren Kinderkrankheiten freimachten. Wir gehen durch bewegte und anregende Tage hindurch, in denen das Urtheil der großen Menge der Menschen der Objektivität leider zu sehr entbehrt. Ihnen werden ruhigere Tage folgen, insofern unser Volk sich ernstlich zusammennimmt, in sich geht und unbeirrt von fremden Stimmen auf Gott baut und die ehrliche fürsorgende Arbeit seines angestammten Herrschers. Ich möchte dieses Uebergangsstadium mit einer kleinen Geschichte vergleichend beleuchten, welche ich einmal gehört habe. Der berühmte englische Admiral Sir Francis Drake war in Zentralamerika gelandet nach schwerer stürmisch bewegter Reise; er suchte und forschte nach dem anderen großen Ozean, von dem er überzeugt war, daß er vorhanden sei, den die meisten seiner Begleiter jedoch als nicht existirend annahmen. Der Häuptling eines Stammes, dem das eindringliche Fragen und Forschen des Admirals aufgefallen, von der Macht seines Wesens eingenommen, sagte ihm: „Du suchst das große Wasser; folge mir, ich werde es Dir zeigen", und nun stiegen die Beiden trotz warnenden Zurufs der übrigen Begleiter einen gewaltigen Berg hinan. Nach furchtbaren Beschwerden an der Spitze angelangt, wies der Häuptling auf die Wasserfläche hinter ihnen und Drake sah die wildbewegten Wogen des zuletzt von ihm durchschifften Meeres vor sich. Darauf drehte sich der Häuptling um, führte den Admiral um einen kleinen Felsvorsprung herum, und plötzlich that sich vor seinem entzückten Blicke der vom Gold der aufgehenden Sonne bestrahlte Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden stillen Ozeans auf. — So sei es auch mit uns! Das feste Bewußtsein Ihrer, meine Arbeit treu begleitenden Sympathie flößt mir stets neue Kraft ein, bei der Arbeit zu beharren und auf dem Wege vorwärts zu schreiten, der mir vom Himmel gewiesen ist. Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unserm obersten Herrn dort oben gegenüber und meine felsenfeste Ueberzeugung, daß unser alter Alliirter von Roßbach und Denewitz mich dabei nicht im Stiche lassen wird. Er hat sich solche unendliche Mühe mit unserer alten Mark und unserem Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, daß er dies für Nichts gethan hat. Nein im Gegentheil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen. Lassen Sie sich nur durch keine Nörgeleien und durch mißvergnügliches Parteigerede Ihren Blick in die Zukunft verdunkeln oder Ihre Freude an der Mitarbeit verkürzen. Mit Schlagworten allein ist es nicht gethan, und den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert!" Daß meine brave märkische Mannschaft mir dabei helfe, das hoffe ich bestimmt; daher trinke ich auf das Wohl Brandenburgs und seiner Männer mein Glas.

Berlin, 25. Febr. Zu der Kaiserrede bemerkt die Nat.-Ztg., aus einem Land mit einer Verfassung brauche man nicht auszuwandern, wenn man mit den Regierungsmaßregeln unzufrieden sei, da durch Wahlen, Presse und Versammlungen jeder auf den Gang der Angelegenheiten in seinem Sinne wirken könne. Die Freis. Z. sagt, die Rede setze den Gedankengang des Ausspruchs: „suprema lex regis voluntas" fort.

♂ **Berlin**, 25. Febr. S. M. der Kaiser brachte heute dem Reichskanzler Grafen v. Caprivi anläßlich dessen heutigen Geburtstags seine Glückwünsche persönlich dar, und wohnte am späten Nachmittag dem Festessen des brandenburgischen Provinziallandtages im Hotel Kaiserhof bei. — J. M. die Kaiserin ist von ihrer Unpäßlichkeit jetzt völlig wieder hergestellt und wird demnächst bei günstigem Wetter ihre regelmäßigen Spazierfahrten wieder aufnehmen. — Bei J. M. der Kaiserin Friedrich fand gestern ein Essen statt, zu welchem u. A. auch der Reichskanzler Graf Caprivi mit einer Einladung beehrt war. — Der Wortlaut des Erkenntnisses des Ehrengerichtshofs in Leipzig in der Disziplinarsache gegen die Rechtsanwälte Dr. Coßmann und Ballien wegen ihres Verhaltens in dem Heinze'schen Mordprozesse liegt jetzt vor. Es wird darin als unstatthaft erklärt, daß sich der Vertheidiger hinsichtlich der Vertheidigungsbefugnisse völlig mit dem Angeklagten identifiziren darf. Nur wenn dies der Fall wäre, würde daraus ein Recht der Vertheidigung folgen, dem Klienten den Rath zur Verweigerung einer sachlichen Auslassung zu ertheilen. — Der dem Abgeordnetenhause heute zugegangene Gesetzentwurf über die Heranziehung der Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben hat nur den Zweck, das gleichnamige Gesetz von 1886 entsprechend dem neuen Einkommensteuergesetz abzuändern

Bonn, 23. Febr. Der liberale Bürger-Verein nahm gestern Abend in einer zahlreich von Professoren, Bürgern und Studenten besuchten Versammlung eine Resolution gegen den neuen Volksschulgesetzentwurf an. — Der größte Theil der hiesigen Universitäts-Professoren beschloß am vergangenen Sonntag eine Adresse gegen verschiedene Bestimmungen des betr. Gesetzentwurfes.

* **München**, 24. Febr. Die Kammer der Abgeordneten beendete die Berathung des Zolletats. Der auf Bayern entfallende Antheil an den Reichszöllen wurde anstatt der im Budgetvoranschlag angenommenen 20 Millionen auf 22,100,000 M. angesetzt. Die Verlegung des Hauptzollamtes in Pfronten nach Füßen wurde abgelehnt.

Baden.

⊙ **Mannheim**, 25. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag im hiesigen Hauptbahnhofe. Daselbst werden gegenwärtig sogenannten Tunnels hergestellt, durch welche sich die Reisenden von dem Bahnhofperron nach den verschiedenen Einsteigrampen begeben, so daß das Ueberschreiten der Geleise künftig in Wegfall kommt. Mit der Ausführung der Arbeiten ist u. A. auch Herr Bauunternehmer Sieder aus Karlsruhe betraut. Derselbe hatte nun gestern Nachmittag das Unglück, mit dem Fuß unter einen auf den Schienen laufenden Rollwagen zu gerathen, wodurch ihm der Fuß vollständig abgequetscht wurde.

* **Aus Baden**, 25. Febr. Die Ausnutzung der Wasserkraft eines kleinen, durch Obersäckingen strömenden Flüßleins soll ein Züricher Fabrikant unternehmen wollen. Gedachtes Flüßchen bietet seiner günstigen Lage wegen 25 Proz. Gefäll, bei effektivem Wasserstand 40—50, bei niederstem Wasserstand im Hochsommer beständig 20—25 Pferdekräfte. Bei einem Kostenaufwand von 3000 M. ist durch Beizug eines andern Flüßleins die Wasserkraft beständig auf 40 Pferdekräfte zu heben. — In Mosbach ist der Preis für frisches Schweinefleisch auf 54 Pf. das Pfund zurückgegangen. — Wie der Stadtrath von Mannheim, will auch der Gemeinderath von Offenburg von der Befugniß, auf Erhebung von Schulgeld für die Volksschule zu verzichten, Gebrauch machen, sobald der Regierungsvorschlag Gesetzeskraft erlangt haben wird.

Drahtberichte.

** **Berlin**, 25. Febr. (Reichstag.) Bei Berathung der Telegraphengesetzes wurden die Paragraphen drei ohne wesentliche Aenderung, 4 und 4a unverändert angenommen. Letzterer verlangt die Auflieferung ordnungsmäßiger Telegramme.

Der Antrag Auer auf Streichung des Wortes ordnungsmäßig wurde hierbei abgelehnt, nachdem Geheimerath Dambach erklärt, daß es sich hierbei nicht um die Zensur, sondern um ordentliche Schrift handle.

Paragraph 4b. betrifft Anschluß der Grundstücke an Lokalnetze.

Abg. Schrader will nur Anschlußbedingungen zugestehen, welche den einzelnen Anschluß betreffen.

Staatssekretär von Stephan bezeichnet den Antrag für unannehmbar, derselbe wird abgelehnt, 4b. unverändert genehmigt, 4c. wird auf Antrag Bar abgelehnt, welcher für jede Gebührenänderung ein besonderes Gesetz verlangt, nachdem Geheimerath Dambach den Antrag für unannehmbar erklärt, weil er der Verwaltung nachtheilige Fesseln anlege. Der Paragraph wird nach dem Kommissionsbeschluß angenommen.

** **Berlin**, 25. Febr. Heute Mittag hatten sich, während die neue Wache aufzog, unter den Linden zwischen der Schloßbrücke und Ecke der Charlottenstraße größere Haufen Menschen, welche vorher einer Arbeiterversammlung in Friedrichshain beigewohnt haben sollen, angesammelt. Dieselben gaben der Aufforderung, auseinanderzugehen, keine Folge. Polizei schritt ein und trieb dieselben gewaltsam auseinander. Die Rädelsführer sind verhaftet.

** **Paderborn**, 25. Febr. Heute Vormittag 10 Uhr wurde Bischof Simar konsekrirt. Konsekrator ist der Erzbischof von Köln. Es assistirten der Bischof von Münster und der hiesige Weihbischof. Das Wetter ist herrlich. Stadt und Dom ist prachtvoll geschmückt. Großer Zudrang von Fremden. Gestern Abend fand ein großartiger Fackelzug von 3000 Personen statt. Heute offizielles Festessen im Rathhaussaal zu 160 Gedecken. Abends zur Illumination waren die Oberpräsidenten von Westphalen und Sachsen anwesend, sowie die Regierungspräsidenten von Minden und Arnsberg.

⊕ **Myslowitz**, 25. Febr. Nach soeben hier angelangten Nachrichten fand gestern Abend auf der Bahnlinie Kielce-Sosnowice eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe statt. Ein von Kielce kommender Personenzug fuhr unweit der Station Molkrow auf einen vor demselben fahrenden Militärzug. Die Zahl der Verunglückten ist noch unbekannt. Bis jetzt wurden 3 Todte und 10 Verwundete unter den Trümmern hervorgezogen.

** **Leipzig**, 25. Febr. Das Reichsgericht verhandelte über die Revision des Reichstagsabgeordneten Schmidt, welcher während der Reichstagsvertagung in Chemnitz am 2. November verurtheilt war. Oberreichsanwalt Tessendorf stimmte dem Antrage des Vertheidigers Stadthagen zu, das Verfahren gegen Schmidt für unzulässig zu erklären, da es gegen die Verfassung sei. Die Konsequenzen seien allerdings unliebsame, aber nur durch die Gesetzgebung zu beseitigen.

** **Leipzig**, 25. Febr. Das Reichsgericht erkannte das Verfahren gegen Schmidt, als zur Zeit unzulässig, einzustellen, da Immunität bei allen Vertagungen kurz oder lang gelte.

∓ **Paris**, 25. Febr. Die radikalen Journale greifen Carnot heftig an, welcher durch persönliche Politik eine Krise herbeigeführt und dem neuen Kabinete anstatt der Politik des Parlamentes seine eigene aufdrängen wolle. Einzelne politische Kreise halten nunmehr nur die radikale Kombination Bourgeois oder Brisson für möglich.

** **Paris**, 25. Febr. Rouvier lehnte definitiv ab, das Kabinet zu bilden. Carnot beruft Nachmittags den Unterrichtsminister Bourgeois welcher der radikalen Partei angehört, zu sich.

* **London**, 25. Febr. In Checkheaton stürzte die Esse einer Fabrik ein und begrub die Arbeiter, meist Frauen, unter ihren Trümmern. Fünfzehn blieben todt, von denen 7 noch nicht hervorgezogen sind.

** **Konstantinopel**, 25. Febr. Der bulgarische Agent Vulkovich wurde vorgestern Abend als er sich nach dem Klublokal begab, von einem Unbekannten überfallen und durch einen Messerstich an der linken Seite verwundet. Der Thäter entkam. Man hielt die That für Privatrache. Der Zustand des Verwundeten ist unbedenklich.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (Anfangskurse. 1.—) Kreditaktien 266 1/8, Staatsbahn 249 7/8, Lombarden 77 1/8, Galizier —.—, Aegypter 95 90, Ungarn 92 80, Diskonto-Kommandit 181 50, Gotthardaktien 136.50. Ruhig.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (2 U. 15 M.) Wechselauf Amsterdam 168.57, ditto auf London 20.402, ditto auf Paris 81.916, ditto auf Wien 172 37, Priv.Disk. 2—, Napoleons 16.19, Kreditaktien 266 3/8, Disk.-Komm. 181.30, Schweiz. Nordost 108—, 60r Loose 124.80, Mittelmeer 93.—, Türken 18.60, 4 1/2 prozent. Portugiesen 40.40, bad. Zuckerfabrik 52.80. Still.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (3 U. 2 M.) 3proz. Reichsanleihe 84.60, 4proz. Reichsanleihe 106.75, 4proz. preuß. Konsols 106 35, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.30, ditto in Mark 104.60, österr. Goldrente 95.40, österr. Silberrente 81.30, 4proz. ungar. Goldrente 92.80, 1880er Russen 92.70, 2. Orientanleihe 63.70, Italiener 89.30, Aegypter 95 90, Spanier 61.70, Zolltürken 57.80, Serben 77.20, Elbthal 201 7/8, hess. Ludwigsbahn 113.—, Basler Bankverein 122 30, Handelsgesellschaft 131.60, Darmstädter Bank 123.50, Deutsche Bank 157.20, Dresdener 133.50, Länderbank 176.60. — Nachbörse. Kreditaktien 265 3/4, Disk.-Komm. 180.40, Staatsbahn 249 1/8, Lombarden 76 1/2, Westeregeln —.— Schwächer.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (5 U. 40 M.) Kreditaktien 264 7/8, Staatsbahn 249—, Lombarden 76 3/8, Disk.-Komm. 179.70, Aegypter 95 90, Ungarn —, Gelsenk. 132.70, Italiener —.—. Gotthard —.—. Matt. — Wenigreinnahme der Staatsbahn 83,683 fl.

* **Berlin**, 24. Febr (12 Uhr 20 M.) Kreditaktien 172.—, Franzosen 125.20, Lombarden 42.—, Diskonto-K. 185.60, Bochumer 112 20, Dortmunder 56.10, Gelsenkirchen 137.—, Laurahütte 104.80, Italiener 89.20, Ungarn 93—, 3proz. Reichsanleihe 84.50, Russ. Noten 201.—. Abwartend.

* **Berlin**, 24. Febr. (2 U. 30 M.) Kreditaktien 171.40, Staatsbahn 124.90, Lombarden 41.70, Diskonto-Kommandit 184.50, Marienburger 56 60. Dortmunder 53 90, Laurahütte 102.50, russ. Noten 201.—, neue 3proz. Anleihe von 1892 84 30.

* **Berlin**, 25. Febr. (Börse. 2 U. 30 M.) Nachdem dem Deckungsbedürfniß meistens entsprochen, zeigt der Montanmarkt Mattigkeit, besonders Dortmunder Union, auf große Fälligkeiten in Stellagen für Februar. Nach erfolgter Prämienerklärung blieben die Kurse gedrückt.

* **Berlin**, 24. Febr. (Schlußkurse. 5.50.) Disk.-Komm. 184.40, Dortmunder 53.60, Bochumer 110.70, Baseler—.

* **Wien**, 24. Febr. (Vorbörse. 10 U. 36 M.) Kreditaktien 310.25, Marknoten 57.95, 4% Ungarn 108.—, Staatsbahn 284.—, Lomb, 87.—, Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 24. Febr. (3 Uhr — M.) 3proz. Rente 96.07, Spanier 61 1/2, Banque Ottomane 544.—, Türken 19.22, Ungarn —.

* **Paris**, 24. Febr. (5 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 96.07, 3pr. Portugiesen 27 7/8, Spanier 61 1/2, Türken 19.22, Banque ottom. 543, Ungarn —.—, Rio Tinto 430.—, Banque de Paris 637.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 37. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Freitag, den 26. Febr., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums des Innern für 1892/93: Tit. 9, 10, 19 und 20 der Ausgabe, Tit. 1 und 2 der Einnahme, Berichterstatter Abg. Gönner.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke	Wetter.	Temp. in Cellsiusgraden
25	8	Mullaghm.	754	SO	mäßig	halb bed.	7
	8	Aberdeen	759	SSO	leicht	bedeckt	5
	8	Christiansd	766	SSW	leis. Zug	wolkig	5
	8	Kopenhag.	768	SO	frisch	wolkenlos	3
	8	Stockholm	775	S	leicht	wolkenlos	— 1
	8	Haparanda	774	N	leicht	bedeckt	— 6
	8	Petersburg	775	WNW	leis. Zug	bedeckt	— 8
	8	Moskau	776	W	leis. Zug	wolkenlos	— 7
	8	Cork	754	SSO	mäßig	heiter	7
	8	Cherbourg	757	SSO	leicht	heiter	5
	8	Helder	761	SW	leis. Zug	wolkig	4
	8	Sylt	763	SO	schwach	wolkenlos	0
	8	Hamburg	763	SO	schwach	halb bed	1
	8	Swinemde.	769	SO	frisch	wolkenlos	0
	8	Neufahrwf	774	SO	leicht	wolkenlos	— 1
	8	Memel	776	SO	schwach	wolkenlos	— 2
	8	Paris	761	SO	leicht	wolkenlos	1
	8	Münster	761	NW	leicht	wolkenlos	3
	8	Karlsruhe	763		still	wolkig	3
	8	Wiesbaden	763		still	bedeckt	2
	8	München	763	SW	leis. Zug	bedeckt	2
	8	Chemnitz	765	SO	mäßig	halb bed.	2
	8	Berlin	767	OSO	mäßig	heiter	0
	8	Wien	769	SO	leicht	wolkenlos	— 5
	8	Breslau	770	SO	leis. Zug	wolkenlos	— 2
	8	Ile d'Aix	758	SSO	mäßig	heiter	5
	8	Nizza	764	O	leicht	wolkig	6
	8	Triest	765	O	frisch	bedeckt	6

(Uebersicht der Witterung.) Das barometrische Maximum im Osten und Nordosten Europas hat Lage und Höhe auch seit gestern beibehalten, die Depression im Westen hat noch stärker an Tiefe abgenommen. Im größten Theile Mitteleuropas herrscht heiteres und mildes Wetter, nur in Westdeutschland hat, bedingt durch kleine Unregelmäßigkeiten in der Druckvertheilung, die Bewölkung wieder, wahrscheinlich aber nur vorübergehend, zugenommen.

Berlin, 23. Febr. Am 22. d. Mts. (gestern) wurden die 109. Stangensche Orientreise und die 88. Stangensche Gesellschaftsreisen nach Italien angetreten. 7. März werden wiederum zwei Stangensche Gesellschaftsreisen von Berlin abgehen, wovon die eine nach Aegypten, Palästina und Balkanhalbinsel, die andere nach Italien, Sizilien, Tunis und Algier gerichtet ist.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg